



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
27.04.2025 umweltfairaendern.de: Genehmigung Atomtransporte Jülich – Ahaus: Erteilt Bundesamt Sofort-Vollzug oder nicht?	4
25.04.2025 tagesspiegel.de: Ein Problem, das sich erst in einer Million Jahren löst	7
25.04.2025 cz.de (Cellesche Zeitung): 30 Jahre Atommüll in Gorleben: Das Thema ist noch immer radioaktiv	9
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	11
27.04.2025 Ostsee-Zeitung.de: Wirtschaft in MV macht Front gegen Tourismusgesetz: Es braucht Konsens statt Konfrontation	12

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 umweltfairaendern.de

Genehmigung Atomtransporte Jülich – Ahaus: Erteilt Bundesamt Sofort-Vollzug oder nicht?

27. April 2025 22:04 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert 0

Die Gewerkschaft der Polizei bezeichnet die möglicherweise bevorstehenden über 150 Atomtransporte mit hoch radioaktivem Material als „unverhältnismäßig“. Anti-Atom-Gruppen und Umweltverbände wie der BUND halten die Transporte für unverantwortlich. Der BUND NRW hat Klage angekündigt, sollte eine Transportgenehmigung erfolgen. Dennoch bereiten Bundes- und die Landesbehörden in NRW einen Abtransport der brisanten Atomfracht von Jülich nach Ahaus vor, ohne dass ernsthaft ein Nachweis erfolgt ist, wie damit die Sicherheit erhöht werden könnte. Von Bedeutung sein wird: Erteilt das zuständige Bundesamt den sogenannten Sofort-Vollzug, obwohl das Problem nun seit Jahrzehnten besteht, ein Sicherheitsgewinn durch die Verlagerung nicht ersichtlich und ein unmittelbares Umsetzungsinteresse daher nicht plausibel ist. Pikant in jedem Fall: Auf allen Ebenen sind grün-geführte Ministerien maßgeblich verantwortlich, die öffentlich eigentlich „unnötige“ Atomtransporte minimieren wollen, sie aber dennoch vorbereiten. (Foto: JEN)

Die Transportgenehmigung des „Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung“ (BASE) im Zuständigkeitsbereich des BMUV liegt im Entwurf vor. Das Wirtschaftsministerium NRW hat dazu Ende März intern Stellung genommen. Alles Geheimsache, wie die Grünen in NRW und im Bund erklären. Der neue Linke Bundestagsabgeordnete Florian Fahl (Aachen) hat daher grad eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung (PDF) auf den Weg gebracht. Außerdem hatte er schriftlich bei der Bundesregierung nachgefragt, wie es mit dem erforderlichen Grundstück für ein Zwischenlager in Jülich aussieht. Zuletzt hatte die Fahl per Brief ein Moratorium vom grünen Chef von BASE, Christian Kühn, gefordert. Die Antwort aus der Genehmigungsbehörde steht noch aus.

Entscheidend wird jetzt sein, ob BASE – wie es das zum Atomkonzern Orano gehörende Transportunternehmen aus Hanau im Auftrag des Betreibers JEN fordert, den Sofort-Vollzug erteilt oder nicht. Ohne Sofort-Vollzug hätte eine Klage vom BUND NRW oder anderen Klagenden aufschiebende Wirkung. Das würde bedeuten: Die Atomtransporte könnten erst dann stattfinden, wenn es im Verfahren zu einem Urteil gekommen ist. Wird der Sofort-Vollzug jedoch erteilt, hätte der Betreiber JEN bzw. Orano die Möglichkeit, die Transporte durchzuführen. Dann müsste im sogenannten Eilverfahren geklagt werden, dass ein Verwaltungsgericht den Sofort-Vollzug außer Kraft setzt und damit die aufschiebende Wirkung herstellt.

Das ist nicht nur extrem schwierig, sondern auch extrem teuer. So würde der Sofort-Vollzug also auch unter demokratischen Gesichtspunkten von hoher Relevanz, denn ein Kläger würde es sich sehr gründlich überlegen, ob er nach einem möglicherweise gescheiterten Eilverfahren dann überhaupt noch in Hauptsacheverfahren einsteigt. Gerade für spenden- und beitragsfinanzierte Organisationen wie Umweltverbände ein extreme „Herausforderung“.

Zuletzt musste sich der 10. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg mit der Problematik Sofort-Vollzug im Zusammenhang mit einem (grenzüberschreitenden) Castor-Transport mit hochaktivem Abfall von LaHague in Frankreich ins Zwischenlager Philippsburg befassen. In diesem Fall hatte BASE als Genehmigungsbehörde den Sofort-Vollzug mit der Transportgenehmigung erteilt. Daher muss die Kommune per Eilverfahren auf Aussetzung des Sofort-Vollzugs klagen. (In dem Verfahren spielten, anders als im Fall der Transport von Jülich nach Ahaus, aber auch völkerrechtlich verbindliche Verträge eine Rolle.)

Bei dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs kam es zu einer mehr als erstaunlichen Feststellung. Das Gericht lehnte den Eilantrag, den Sofort-Vollzug auszusetzen, ab: Die gefährliche Atomfracht könnte ohne weiteres ja wieder nach Frankreich zurücktransportiert werden, wenn sich im (möglicherweise) anschließenden Hauptsacheverfahren herausstellen sollte, dass die von dem Kläger vorgebrachten Sicherheitsbedenken am Ende doch zutreffend wären. Im Satz (136) des Urteils heißt es: „Zudem werden durch den Vollzug der Genehmigungen keine irreversiblen Tatsachen geschaffen, denn eine Auslagerung im Falle eines späteren Obsiegens der Antragsteller ist sowohl tatsächlich als auch – jedenfalls bei intakter Primärdeckelbarriere – rechtlich jederzeit möglich...“.

Das Gericht ist also der Meinung, dass ein Sofort-Vollzug im besagten Fall nicht aufzuheben war, auch wenn sich später herausstellen sollte, dass die Sicherheitsbedenken der Kläger zutreffen wären, weil dann ja einfach ein Rücktransport des Atommülls möglich wäre. Rechtsstaat in Aktion!

Aber genau diese „Ansage“ könnte für das Verfahren um die Atomtransportgenehmigung für die strahlende Fracht von Jülich nach Ahaus eine Blaupause sein, um den Sofort-Vollzug gegen jede Vernunft und mit massiven Sicherheitsrisiken dennoch durchzusetzen. Die Gewerkschaft der Polizei hatte die Transporte schon vorher als „unverhältnismäßig“ bezeichnet und sowohl auf die hohe Belastung der Beamt:innen verwiesen als auch die maroden Straßen in NRW in Erinnerung gebracht. Die Beamt:innen dürften es sicher nicht besonders humorvoll finden, wenn BASE nun auf genau diese Rechtsprechung Bezug nimmt und den Sofort-Vollzug für Jülich – Ahaus erteilt, weil ein Rücktransport ja weiterhin möglich wäre.

Man muss sich das noch mal klarmachen: Der Atommüll in Jülich ist nicht nur hoch radioaktiv, sondern auch Atom-waffentauglich. Ein Transport findet in einem Umfeld nicht nur erhöhter Terrorschutz-Anforderungen statt, sondern auch unter den enormen Sicherheitsrisiken einer hybriden Kriegsführung infolge der Kampfhandlungen in der Ukraine durch Russland. Schon konventionelle panzerbrechende Waffen stellen eine enorme Herausforderung für die Zwischenlagerung hoch aktiver Atomabfälle dar und haben in den letzten Jahren zu erheblichen Nachrüstungen an den Standorten und bei der Sicherung der Umgebung von Atomanlagen geführt. Besonders brisant sind natürlich die schwer zu sichernden Transporte mit radioaktiven Stoffe.

Über die Gefahren, Risiken und Folgen einer Freisetzung der Radioaktivität in den Behältern siehe hier: Die Physikerin Oda Becker und das Gutachten zu den Unfall-Risiken, bei ausgestrahlt: „Sicherheitstechnisch der ganz falsche Weg“. Das Gutachten von Oda Becker ist auch hier direkt als PDF.

Dabei spielen auch neuartige Drohnen und KI-unterstützte Anschläge eine Rolle. Die Maßnahmen zum Schutz gegen Störmaßnahmen und sonstiger Einwirkungen Dritter (SEWD) sind in den letzten Jahren derart massiv ausgeweitet worden. Das hat dazu geführt, dass zuletzt geplante Atomtransport aus Jülich per Schiene und Schiff in die USA – neben anderen Gründen – sicherungsmäßig gar nicht mehr möglich waren und deshalb abgesagt wurden. Auch die jetzt per LKW geplanten Transporte mit gepanzerten Spezial-Fahrzeugen bewegen sich technisch am äußersten Maximum, wie ein Verantwortlicher bei JEN das mal bezeichnet hatte. Die LKW samt Auflieger sind technisch gesehen eine Handarbeit der Superlative, aber natürlich alles strikt unter Geheimhaltung. (Es gibt vier Transportfahrzeuge dieser Art in Deutschland, deren Entwicklung und Konstruktion eine hohe mehrstellige Millionensumme gekostet habe. Sie sollen später auch für Atomtransporte vom Forschungsreaktor FRM II München Garching nach Ahaus zum Einsatz kommen. Thema SEWD und Terrorschutz bei Atomanlagen und Transporte auf umweltFAIRaendern.de

Dokumentation:

60. Abgeordneter Dr. Fabian Fahl (Die Linke): „Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung den Erwerb ihr von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens angebotenen und gesicherten Flächen für den Neubau eines möglichen atomaren Zwischenlagers für die rund 300.000 gebrauchten Brennelemente aus dem Forschungsreaktor Jülich am Standort Jülich erörtert (vgl. www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/atommuell-transporte-nrw-ahaus-juelich-100.amp), und wie sind die weiteren Planungen der Bundesregierung zum Umgang mit den atomaren Abfällen aus dem Zwischenlager Jülich in Hinsicht auf Unterzeichnung notwendiger Verträge zum Flächenerwerb zum Neubau eines Zwischenlagers und dem Verbleib der radioaktiven Abfälle am Standort Jülich?“

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Claudia Müller vom 17. April 2025: „Mit dem Neubau eines Zwischenlagers in Jülich und dem Transport der bestrahlten Brennelemente nach Ahaus gibt es zwei Optionen für den Umgang mit den AVR-Brennelementen am Standort Jülich. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wurde im Bericht des Bundesministeriums der Finanzen, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 7. September 2022 (Ausschussdrucksache 20(8)1649) darüber informiert, dass die Beteiligten die Räumungsoption der Verbringung der Brennelemente in das Zwischenlager nach Ahaus aus wirtschaftlichen und zeitlichen Gründen als grundsätzlich vorzugswürdig einordnen. Darüber hinaus fordert der Haushaltsausschuss in seinem Maßgabebeschluss vom 30. November 2022 (Ausschussdrucksache 20(8)3443) die kostengünstigere Verbringung der Brennelemente nach Ahaus zu verfolgen, falls das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) die Mehrkosten eines Neubaus in Jülich nicht tragen möchte. Eine solche Absichtserklärung seitens des Landes NRW ist der Bundesregierung nicht bekannt.“

Schwarz-Rot sucht ein Atommüllendlager

Ein Problem, das sich erst in einer Million Jahren löst

Der Atomkraft haben Union und SPD den Rücken gekehrt, 27.000 Kubikmeter Atommüll erben sie trotzdem. Nun plant die künftige Regierung, die Suche nach einem Endlager zu beschleunigen.

Im Südosten Brandenburgs und dem Norden von Sachsen konnten viele Menschen im vergangenen November aufatmen. Als „ungeeignet“ habe sich das Gebiet Oberkreide Ost herausgestellt, hieß es damals in einem Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Hier oder auch unter der Ostseeinsel Rügen wird das deutsche Atomendlager mit 27.000 Kubikmetern hochradioaktivem Müll also nicht entstehen.

Deutschlands Problem aber bleibt. Ziemlich genau drei Jahre nach dem Atomausstieg, an dem auch eine schwarz-rote Regierung nicht mehr rüteln will, wird weiter ein Endlager gesucht. Eine Mammutaufgabe, denn der Müll von 67 Jahren Atomwirtschaft muss für eine Million Jahre sicher verwahrt werden. Gesucht wird eine ideale Lagerstätte aus Ton, Salz oder Kristallin.

Im Standortauswahlgesetz, das der Bundestag 2017 nach dem Fiasko um das Endlager in einem Salzstock von Gorleben verabschiedet hatte, heißt es, dass die Auswahl eines Standorts bis 2031 angestrebt werde. Doch dieses Datum ist längst vom Tisch.

44

Prozent der Bundesfläche kommen momentan noch für ein Endlager infrage.

„Es war von Anfang an unrealistisch, dass 2031 der Standort bestimmt werden kann“, sagt Dagmar Dehmer vom BGE. Allein die erste Phase der Erkundung, bei der momentan noch rund 44 Prozent der Landesfläche untersucht

werden und die dann auf rund zehn Regionen reduziert werden soll, wird wohl bis Ende 2027 dauern. Ohne Änderungen am Standortauswahlgesetz dürften die Erkundungen für die weiteren Phasen wohl noch Jahrzehnte andauern.

Ein Endlager erst gegen Ende dieses Jahrhunderts zu finden, ist aus meiner Sicht nicht vermittelbar.

SPD-Politiker Jakob Blankenburg fordert mehr Tempo bei der Endlagersuche.

Zu diesem Ergebnis war im vergangenen Jahr bereits ein Gutachten des Freiburger Öko-Instituts gekommen, das vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Auftrag gegeben worden war. Demnach könnte die dreistufige Suchphase nach dem wissenschaftlich besten Ort für ein Endlager inklusive umfangreicher Beteiligungsverfahren und Klagemöglichkeiten noch bis 2074 dauern. Mit Planung, Genehmigung und Bau droht ein Endlager in diesem Jahrhundert in weite Ferne zu rücken.

Der Ärger über das Gutachten war groß – und hält auch unter den künftigen Koalitionären an: „Ein Endlager erst gegen Ende dieses Jahrhunderts zu finden, ist aus meiner Sicht nicht vermittelbar“, sagt der SPD-Politiker Jakob Blankenburg dem Tagesspiegel. Auch die umweltpolitische Sprecherin der Union, Anja Weisgerber, sagt: „Die Entscheidung darüber, welche Gebiete sich für

ein Endlager eignen, darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.“

Damit rennt die Politik bei der bundeseigenen BGE offene Türen ein. Dort hat man erst vor wenigen Wochen Vorschläge vorgelegt, wie die Suche beschleunigt werden könnte. „Wir wünschen uns, dass die Beschleunigungspotenziale, die beim Ausbau der Erneuerbaren gehoben wurden, auch bei der Endlagersuche gelten“, sagt Dagmar Dehmer.

Die Phasen II und III könnten zusammengelegt werden

Tatsächlich droht den Wissenschaftlern der BGE in Phase II und Phase III, bei der rund zehn Standorte erst ober- und dann untertägig genauer erkundet werden sollen, ein Kampf mit der Bürokratie. Vor allem die Nutzungs- und Betretungsrechte von Grundstücken und die Genehmigung von Bohrungen könnten viel Zeit kosten.

Zudem sind umfangreiche Beteiligungsprozesse und Klagemöglichkeiten vorgesehen. „Aus fachlicher Sicht ist es absolut möglich, die Phasen II und III zusammenzulegen, ohne Sicherheitsverluste hinnehmen zu müssen“, sagt Dehmer.

Beim BGE setzt man aber auch auf technische Entwicklungen. So sei für die Erkundung der Gesteinsformationen kein teurer und aufwendiger Bau eines Bergwerks mehr nötig. Auch kleinere Bohrungen würden schon umfangreiche Ergebnisse produzieren.

Mit Erdmagnetfeldmessungen, bei denen Hubschrauber in engen Bahnen mit einer Messsonde über den Boden fliegen, kann ebenfalls Zeit und Geld gespart werden. Insgesamt, meint Dehmer, könne man wohl ein paar Jahrzehnte bei der Suche einsparen.

Im zuständigen Bundesumweltministerium (BMUV) begrüßt man die Vorschläge. Man werde sich nun mit den Experten, den Bundesländern und den Beteiligungsgremien austauschen, kündigt ein Sprecher an. „Das BMUV hat in den vergangenen Monaten wiederholt klar gestellt, dass es machbar und notwendig ist, bis Mitte des Jahrhunderts einen Standort auszuwählen.“

Im Koalitionsvertrag steht kein Wort zur Endlagersuche

Doch folgt die Politik den Vorschlägen der BGE für schlankere Beteiligungsverfahren und Klagemöglichkeiten, die eigentlich die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen sollen, bräuchte es eine Anpassung des Standortauswahlgesetzes. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD findet sich dazu jedoch kein Wort.

Doch die künftigen Koalitionäre scheinen sich in der Sache einig: „In dieser Legislaturperiode müssen die Weichen gestellt werden, damit nach Abschluss der ersten Phase auch gesetzliche Anpassungen im Standortauswahlgesetz vorbereitet werden können“, sagt SPD-Politiker Blankenburg.

Ähnlich äußert sich die CDU-Politikerin Weisgerber. Es stehe außer Zweifel, dass die Suche nach einem Endlager beschleunigt werden müsse. Eine Hängepartie dürfe es nicht geben. „Das ist nicht nur teuer, sondern sorgt auch bei den aktuellen Zwischenlagergemeinden für viel Verunsicherung.“

Auch Dagmar Dehmer warnt vor einer zu langen Suche: „Die Zeit wird irgendwann auch zum Sicherheitsfaktor“, sagt sie und verweist auf die Sicherheit in den Zwischenlagern. Vor allem aber könne in zunehmend kriegerischen Zeiten die politische Stabilität abnehmen. 27.000 Kubikmeter Atommüll sollten besser nicht in die falschen Hände geraten.

Wörter:	813	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Felix Hackenbruch	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	PLUS	Visits (VpD):	1.242.860 ¹
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	219.000 ²
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.tagesspiegel.de/politik/die-lange-suche-nach-dem-atomendlager-ein-problem-das-sich-erst-in-1000000-jahren-lost-13580803.html		

¹ von PMG gewichtet 04-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Erster Castor-Transport

30 Jahre Atommüll in Gorleben: Das Thema ist noch immer radioaktiv

Gorleben

Am 25. April 1995 kommt der erste Castortransport in Gorleben an. 13 weitere Fahrten sollen folgen. Warum noch heute Aktivisten gegen das Atommülllager kämpfen.

„Castor rollt: Tausende Polizisten sichern Transport“, „Schienen mit Bäumen blockiert“, „Bahnhof Hitzacker besetzt“ – titelte die Landeszeitung am 25. April 1995. Vor genau 30 Jahren ist der erste Castortransport im Atommülllager Gorleben angekommen – warum die Atommüllfrage noch heute für Diskussionen sorgt.

Sitzblockaden, zerstörte Gleise, brennende Strohballen: Als der 2,3 Millionen Mark teure Behälter vom Typ Castor II mit neun abgebrannten Brennstäben das Gelände des Atomkraftwerks Philippsburg verlässt, ziehen die Aktivisten alle Register. 21 Stunden ist der Transport nach Gorleben unterwegs, etwa 15.000 polizeiliche Einsatzkräfte sichern den Castorbehälter auf seiner Reise. Es ist der bis dahin größte Polizeieinsatz der Nachkriegsgeschichte.

Initiative kämpft seit 30 Jahren

„Wir wussten immer, dass man Gorleben nur politisch verhindern kann, nicht auf der Straße. Wir konnten immer nur behindern“, sagt der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), Wolfgang Ehmke. Seit drei Jahrzehnten kämpft die Initiative friedlich gegen die Lagerung des radioaktiven Atommülls im Wendland.

Ehmke steht auch im April 1995 an der Route des ersten Castorbehälters

in Dannenberg, überbringt den Protestlern über Lautsprecher die für ihn erschütternde Nachricht: „Er ist tatsächlich losgefahren.“ Der 77-Jährige erinnert sich: „Es lagerte ja schon leicht radioaktiver Müll in Gorleben, trotzdem haben wir diesen ersten Castortransport als die wahre Inbetriebnahme des Lagers empfunden. Als eine Welle, die wir nicht mehr aufhalten können.“

Derzeit lagern in Gorleben 113 Castorbehälter mit hochradioaktivem Müll, dazu kommen rund 620.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Abfälle. Doch die Genehmigung für das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben läuft im Jahr 2034 aus, dann soll der Atommüll eigentlich in ein Endlager umziehen. „Die Endlagersuche läuft aber noch mindestens bis Mitte des Jahrhunderts“, sagt Ehmke verärgert.

Gorleben bleibt Zwischenlager für unbestimmte Zeit

„Der echte Skandal ist, dass auch 30 Jahre nach dem ersten Castortransport die Atommüllfrage immer noch ungelöst ist. Jetzt stehen wir schon wieder vor einem Genehmigungsverfahren“, sagt Ehmke mit Blick auf die geplante verlängerte Zwischenlagerung in Gorleben. „Natürlich haben wir als BI auch Erfolge gefeiert, aber faktisch hat sich nichts getan. Der Atommüll wird immer

noch oberirdisch gelagert“, zieht er Bilanz.

Trotzdem verbucht Ehmke für die BI einen aktuellen Teilerfolg: Zwar soll die Zwischenlagerung in Gorleben verlängert werden, dies beziehe sich aber laut der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ausschließlich auf die 113 Behälter mit hochradioaktivem Inhalt. Weitere Castortransporte nach Gorleben seien damit ausgeschlossen.

Infoveranstaltung zum 30. Jahrestag

Zum 30. Jahrestag laden die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und das Gorleben Archiv nun zu einer Rück- und Vorausschau ein: „Wir zeigen die coolsten Mobi-Filme jener Zeit und informieren über den aktuellen Planungsstand zur ‚verlängerten Zwischenlagerung‘“, sagt Wolfgang Ehmke. Der Film- und Diskussionsabend findet am Freitag, 25. April, um 20.15 Uhr im Café Grenzbereiche in Platenlaase statt. Der Eintritt ist frei.

Wörter:	462	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Clara Illgner	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	3.338.828 ¹
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.cz.de/der-norden/30-jahre-atommuell-in-gorleben-warum-es-auch-30-jahre-nach-dem-ersten-cas-tor-transport-noch-kriselt-MTGEL3HNRFFJZKFFE4GRSC6CUQ.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2025

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Kommentar

Wirtschaft in MV macht Front gegen Tourismusgesetz: Es braucht Konsens statt Konfrontation

Rostock

Seit Jahren wird das Tourismusgesetz diskutiert, mit dem nun vorliegenden Entwurf des Wirtschaftsministeriums scheint niemand so richtig glücklich zu sein. Wenn das Gesetz so verabschiedet wird, droht der Tourismus zum Dauerzankapfel zu werden, meint OZ-Chefreporter Sönke Fröbe.

Hinter dem Ziel mögen sich viele versammeln können, doch der Weg dorthin ist weiterhin heftig umstritten. Die Schweriner Landesregierung plant mit einem Tourismusgesetz eine umfassende Reform der Tourismusfinanzierung im Land.

Durch eine unternehmensbezogene Tourismusabgabe sollen zusätzliche Mittel für die touristische Infrastruktur und Marketingmaßnahmen bereitgestellt werden. In der Wirtschaft stößt der Entwurf auf breite Ablehnung.

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband, Industrie- und Handelskammern, Unternehmerverbände und die Handwerkskammern schlagen Alarm.

Sie befürchten eine zusätzliche Belastung der regionalen Wirtschaft zugunsten eines – wenn auch enorm wichtigen – Wirtschaftszweiges: dem Tourismus.

Tourismus in MV braucht nachhaltige Finanzierung

Die Argumente der Unternehmer und Lobbyisten sind vielfältig und von der Politik nicht einfach vom Tisch zu wischen: finanzielle Mehrbelastung, zusätzlicher bürokratischer Aufwand, Wettbewerbsnachteile, mangelnde Transparenz und Mitsprache.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als fraglich, ob mit dem vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Gesetzent-

wurf die angepeilten Ziele erreicht werden können.

Dass der Tourismus als wohl wichtigster Wirtschaftsfaktor im Land der Küsten, Inseln und Seen eine hinreichende und nachhaltige Finanzierung benötigt, sollte unstrittig sein.

Um das zu erreichen, braucht es aber keine Konfrontation, die in dem vorliegenden Entwurf angelegt ist, sondern Konsens. Einen Schulterchluss mit den betroffenen Unternehmen und Kommunen, sonst droht der Tourismus zum Dauerzankapfel zu werden.

OZ

Wörter:	243	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Sönke Fröbe	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Kostenfrei bis 19:00 Uhr lesen	Visits (VpD):	3.338.828 ¹
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg-vorpommern/oz-kommentar-zu-neuer-tourismusfinanzierung-in-mv-es-braucht-konsens-statt-konfrontation-QXAX2VLFXVGK7JX7I4U4FCASY4.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2025